

Weltbevölkerungsbericht 2006

Der diesjährige Weltbevölkerungsbericht befasst sich mit Migrantinnen. 95 Millionen Frauen – die Hälfte der Gesamtzahl der Migranten/innen - haben ihr Zuhause verlassen und in vielen Regionen der Welt wie in Europa, Nordamerika und Ozeanien sind sie stärker vertreten als männliche Migranten. Jahrelang wurden sie in der öffentlichen Diskussion und in der Migrationspolitik nicht zur Kenntnis genommen.

Migrantinnen erleben doppelte Diskriminierung: Durch die Rolle als Frau aber auch durch die Situation der Migration.

Sie sind konfrontiert mit Armut, Benachteiligung durch ihr Geschlecht und durch die dunkle Seite der Globalisierung. Ausbeutung, Frauenhandel und Gewalt sind

Menschenrechtsverletzungen, die Individuen, Nationen und die Weltgemeinschaft schädigen.

Migration kann - wenn sie gut gemanagt ist und die Beiträge von Frauen und jungen Menschen maximiert werden, eine win-win-Situation sein: Sie verbessert den Lebensstandard und die Lebensqualität und befreit die daheim gebliebene Familie von der Armut.

Migrationspolitik kann es sich nicht leisten vor den Bedürfnissen von Frauen und Jugendlichen die Augen zu verschließen. Verantwortungsvolle und humane Politik muß ihre Menschenrechte sichern und auch die ökonomischen Interessen aller fördern.

Migrantinnen leisten wertvolle Beiträge sozialer und ökonomischer Natur sowohl in den Herkunfts- wie auch in den Zielländer. Zu den regelmäßigen Geldüberweisungen an Verwandte in der Heimat in der Höhe von 230 Mrd. US\$ (in 2005) tragen Frauen mehr bei als Männer. Dadurch entkommen Familien der Armut, Kinder können zur Schule gehen, Kranke werden versorgt, alte Eltern müssen nicht hungern. Aber auch Häuser werden gebaut, Kleinunternehmen gegründet und die Infrastruktur wird verbessert.

Männer und Frauen verbrauchen ihr Einkommen unterschiedlich. Wenn Frauen über die Verwendung des erhaltenen Geldes selbst bestimmen dürfen, verbrauchen sie es vorrangig für ihre Kinder. Obwohl sie mehr Geld nach Hause schicken, werden sie diskriminiert und haben weniger Rechte, wenn es um die Verwendung geht, um Zugang zu Krediten zu haben, um Land und Eigentum zu besitzen. Dadurch sind sie eingeschränkt in ihren Investitionen.

Migrantinnen tragen zur Lebensqualität und Produktivität ihrer Zielländer bei. Sie bezahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Als Verkäuferinnen, Industriearbeiterinnen, Haushaltshilfen, Alten- und Kinderbetreuerinnen, Krankenschwestern und Ärztinnen füllen sie Lücken in den wohlhabenderen Ländern. Sie eröffnen uns die Möglichkeit einem Beruf nachzugehen, einen höheren Lebensstandard zu erreichen und dass unsere Eltern und Kinder versorgt werden.

Migrantinnen vermitteln in ihren Herkunftsländern ein neues Frauenbild. Sie werden Ernährerinnen ihre Familien, nehmen die Frauenrolle und die Frauenrechte anders wahr und gewinnen größeren Respekt und Autorität. Sie dienen ebenso als Vorbilder für ihre Kinder was zur Förderung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männer beiträgt – dem ausschlaggebenden Aspekt bei der Armutsbekämpfung und Entwicklung.

Migrantinnen sind doppelt benachteiligt durch ihre Rolle als Frau und die Tatsache der Migration. Vor allem jene, die schlecht ausgebildet sind oder sich illegal aufhalten, sind Opfer von Gewalt, sexueller Ausbeutung, schlechten Arbeitsbedingungen und geringer Bezahlung. Außerdem sind sie vermehrt durch HIV gefährdet und ihr Zugang zur reproduktiven Gesundheit und damit ihr Gesundheitszustand ist ein schlechter. Diese Belastungen können

vermieden werden, indem man vermehrt den Status von Migrantinnen stärkt und ihre Menschenrechte schützt.

- Viele Migrantinnen kennen ihre Rechte nicht. Sie brauchen Informationen in ihrer eigenen Sprache, um die rechtlichen Voraussetzungen zu verstehen und um zu wissen wie man Berufung einlegt und wo man Unterstützung findet.
- Viele Migrantinnen scheuen sich Gesundheitseinrichtungen zu benutzen und Mißbrauch anzuzeigen. Kulturell sensitive Programme und Dienstleistungen, besonders solche mit einem Fokus auf reproduktive Gesundheit, HIV/AIDS, geschlechtsbezogene Gewalt, können sie ermutigen, vorhandene Ressourcen, die wichtig für ihre Sicherheit und Wohlbefinden sind, anzunehmen.
- Verheiratete Frauen, deren Aufenthaltsgenehmigung von ihrem gewalttätigen Ehemännern abhängt, fürchten, dass die polizeiliche Anzeige Hand in Hand mit dem Verlust der Aufenthaltsgenehmigung oder dem Sorgerecht der Kinder gehen könnte. Sie sind dadurch gezwungen, sich zwischen ihrer eigenen Sicherheit einerseits und dem Risiko auf Ausweisung und dem Verlust ihrer Kinder andererseits zu entscheiden.

Im Bereich der reproduktiven Gesundheit und Rechte gilt es zu beachten:

- Die Migration in Länder mit reproduktiven Gesundheitsangeboten ermöglicht vielen Frauen erstmals ihre reproduktiven Rechte auszuüben und über die Zahl der Kinder zu entscheiden. Aber für andere bewirken kulturelle und sprachliche Barrieren schlechtere Gesundheit für sich selbst und ihre Kinder. Selbst reguläre Migrantinnen vermeiden die Inanspruchnahme von pränataler Betreuung wegen Angst vor Diskriminierung oder mangelndes Wissen über ihren Anspruch auf Gesundheitsleistungen.
- Aufgrund des limitierten Zugangs zu Informationen über Familienplanung und entsprechenden Diensten, sehen sich Migrantinnen vermehrt mit ungeplanten Schwangerschaften konfrontiert und entschließen sich möglicherweise daher zu Schwangerschaftsabbrüchen.
- In einigen Fällen werden arbeitende Migrantinnen zu Schwangerschafts- und HIV-Tests gezwungen. Bei jenen, bei denen die Test positiv sind, kommt es zur Entlassung bzw. zur Ausweisung.
- Migrantinnen sind besonders gefährdet durch HIV. Ursachen dafür sind sexuelle Gewalt, Sex als Austausch für Nahrung, Unterkunft etc. oder Prostitution als Erwerbsquelle.

Frauen werden diskriminiert durch die Migration im Gesamten:

- Diskriminierung zu Hause veranlasst viele, die Heimat zu verlassen:
- ungleicher Zugang zu Beruf und unterschiedliche Löhne,
- Flucht vor Zwangsverheiratung oder massiver Kontrolle ihrer Freiheit und Wünsche.

Barrieren bei der Migration sind für Frauen besonders häufig:

- Wenn Frauen keine Chance zur regulären Migration haben, versuchen sie es trotzdem und enden als Opfer von Schlepperbanden, Menschenhändler und kriminellen Job- und Heiratsvermittlern.
- Arbeitsrechte vernachlässigen oft jene Sektoren, in denen Migrantinnen vorwiegend arbeiten wie Haushalt und Amüsiergewerbe. Dadurch sind diese Frauen vermehrt der Gefahr von Mißbrauch ausgesetzt.
- Bis zu 800.000 Menschen werden jedes Jahr über Grenzen hinweg gehandelt. 80% der Opfer sind Frauen und Mädchen. Die überwiegende Mehrheit davon werden zur Prostitution gezwungen.

Hausangestellte sind essentiell für das Funktionieren einer produktiven Gesellschaft und von arbeitenden Familien. Nur in wenigen Ländern werden Hausangestellte durch nationale Gesetze geschützt, viele haben keine Möglichkeit sich an die Justiz zu wenden und die Arbeit im Haushalt wird zur Sklavenarbeit.

- Die globale Nachfrage nach Personal für den Haushalt ist groß und sie wird weiterhin zunehmen. Deshalb sind Regierungen gefordert, diesen Menschen- und Arbeitsrechten Priorität einzuräumen.
- Eine ILO-Studie (International Labour Organization) stellt fest, dass nur 19 von 65 Ländern einschlägige Gesetze bzw. Regulierungen haben, die Hausarbeit regeln.
- Agenturen, die Hausangestellte vermitteln, werden oft nicht kontrolliert, verlangen enorme Vermittlungsgebühren, sperren die vermittelten Migrantinnen in Trainingscamps ein und unterlassen es, ihnen im Mißbrauchsfall Hilfe anzubieten.
- Illegal Arbeitende bzw. solche deren Visa an die Beschäftigung bei einem bestimmten Arbeitgeber gebunden sind, sind durch alle Formen des Mißbrauchs gefährdet. Sie fürchten ihren Job zu verlieren and abgeschoben zu werden. Einige sind davon gelaufen und haben ihren Aufenthaltstitel verloren, andere sahen Selbstmord als einzige Flucht vor der Behandlung.

Migration ist eine komplexes Thema, wobei das Geschlecht der emigrierenden Person eine Hauptrolle spielt. Eine Migrationspolitik sollte wenigstens auf die Förderung der Menschenrechte und auf die Gleichstellung der Geschlechter fokussieren.

Frauenaspekte und Frauenrechte sind meistens unbeachtet geblieben, da deren Verletzung sich im Verborgenen in privaten Haushalten und am Arbeitsplatz ereignet. Es wird Zeit, das Unsichtbare sichtbar zu machen und die Rolle, die Frauen in der internationalen Migration spielen anzuerkennen.

Derzeit sind mehr als die Hälfte aller internationalen Migranten/innen Frauen und junge Menschen. Ihre Bedürfnisse und Rechte wurden lange Zeit durch Einwanderungspolitik und –debatten ignoriert. Anlässlich des bevorstehenden ersten UN-Treffens über Internationale Migration und Entwicklung vom 14.-15.September sollten ihren Anliegen Aufmerksamkeit gewidmet werden.

ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN

Politik:

- Überprüfung der Migrationspolitik unter Beachtung des Menschenrechts- und des Genderaspektes. Wenn die unterschiedliche Erfahrungen von Frauen und Männern im Bereich der Migration ignoriert werden, wird Migrationspolitik nicht erfolgreich sein.
- Die Beseitigung von Hemmnissen für Frauen und die Sicherstellung, dass Frauen die gleichen Chancen haben, legal und sicher zu emigrieren, kann helfen, Schlepperwesen, Frauenhandel, Ausbeutung und irreguläre Migration zu reduzieren. Dadurch sind Frauen in der Lage, ihre Familien - ohne Risiken auf sich zu nehmen - zu unterstützen und illegale Unternehmen verlieren an Zuspruch
- Politiker können alternativen zur Migration durch Bekämpfung der Geschlechterdiskriminierung und der Eröffnung von beruflichen Chancen für Frauen und Mädchen in ihren Heimatländern bereitstellen.
- Anstrengungen, um die Armut und die Chancenungleichheit zu bekämpfen, sind Schlüsselaktivitäten zur Verhinderung von Ausbeutung und Frauenhandel.
- Zusätzliche Untersuchungen und Datenanalysen sind notwendig um die Politik und das Management von Migration zu verbessern.

Autonomie und geschlechtsbedingte Gewalt

- Migrantinnen sind hinsichtlich ihrer Visa und ihres Aufenthalts oft abhängig von ihren Ehemännern, anderen männlichen Verwandten oder ihren Arbeitgebern. In einigen Ländern ist es verheirateten Frauen von Migranten nicht erlaubt zu arbeiten, wodurch ihre Abhängigkeit und Gefährdung zunimmt. Dadurch werden sie manchmal gezwungen, Arbeit in Sektoren zu suchen, die ausbeuterisch oder illegal sind oder in Jobs, für die sie überqualifiziert sind
- Häusliche Gewalt ist ein ernsthaftes Problem. Gastländer sollten Politiken entwickeln, die die Bedürfnisse und Interessen von Opfern der geschlechtsbezogenen Gewalt und deren Kinder schützen wie z.B.: eigene Aufenthaltsgenehmigung, Arbeitsgenehmigung, Zugang zu Gesundheits- und sozialen Diensten und Unterstützung bei Schule und Ausbildung.
- Alle Frauen und Mädchen – unabhängig von ihrem Status – brauchen Schutz und Zugang zu Diensten. Keine Frau soll Belästigung ertragen müssen, nur weil ihr Visum an den Ehemann oder Arbeitgeber gebunden ist oder weil sie sich vor Abschiebung oder vor dem Einsperren fürchtet.
- Armut und mangelnde Chancen veranlassen viele Frauen, wohlhabendere Ehemänner aus dem Ausland zu suchen. Die Politik ist gefordert, Frauen vor Zwangsehen und vor unseriösen Eheanbahnungsinstituten zu schützen.

Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdiensten inkl. HIV/AIDS-Diensten:

- Migrantinnen, ihre Familien und die Gastgesellschaften gewinnen alle durch verbesserten Zugang zu kulturell sensitiven, reproduktiven Gesundheitsdiensten. Migrantinnen können die Familienplanung kontrollieren, die Gesundheit für Mütter und Kinder verbessert sich, die Ausbreitung von HIV/AIDS und anderen STIs wird verhindert und es wird durch diese Angebote zur Integration von Migrantinnen beigetragen, wobei sich auch bessere Chancen für die künftigen Generationen ergeben.
- Millionen von arbeitenden Migrantinnen haben signifikanten reproduktive Gesundheitsbedürfnisse, die nicht gedeckt sind. Daraus folgen massive Beeinträchtigungen ihrer gesamten Gesundheit, ihres Wohlbefindens und ihrer Produktivität
- Alle Frauen sollten in der Lage sein, sicher und mit medizinischer Versorgung im Notfall zu gebären.

- Verpflichtende HIV- und Schwangerschaftstests verletzen reproduktive Rechte und sollen verboten werden. Um die reproduktiven Rechte von Migrantinnen zu schützen, ist es notwendig, dass sie Zugang zu qualitativ hochstehenden, freiwilligen und vertraulichen Familienplanungs- und HIV/AIDS-Diensten und zu Prävention und Behandlung von STIs haben.

Rücküberweisungen und Zugang zu Finanzleistungen für Migrantinnen:

- Förderung der Geschlechtergleichstellung in der wirtschaftlichen Sphäre, sowohl im Herkunfts- wie im Zielland, kann das Potential der von Frauen geleisteten Rücküberweisungen für die Armutsbekämpfung und Entwicklung maximieren.
- Darin inkludiert ist der Zugang für Frauen zu finanziellen Diensten und zu Eigentumsrechten

Hausangestellte

- Politik und Programme sind dringend erforderlich, um die Menschen- und Arbeitsrechte von Migrantinnen zu schützen, die im Haushalt arbeiten.
- Folgende Maßnahmen sind erforderlich: Überprüfung der nationalen Arbeitsgesetze, um sicher zu stellen, dass Hausarbeit abgedeckt ist; vor der Abreise Bewusstseinsbildung über die Rechte der Hausangestellten und über die Verpflichtungen der Arbeitgeber; bilaterale Verträge zwischen Herkunfts- und Zielländern betreffend standardisierte Arbeitsverträge mit Minimumstandards; Stärkung der Rolle der Botschaften im Fall von Beschwerden und Bereitstellung von Schutzeinrichtungen, Einrichtung von Hotlines, Kontrolle von Arbeitsvermittlern inkl. offizielle Beguachtung und Verfolgung von kriminellen Arbeitgebern und Agenturen.
- Auf der regionalen Ebene sollen Minimumstandards für den Schutz der Rechte der Hausangestellten durch regionale Kollaboration etabliert werden.

Rolle der Zivilgesellschaft (insbes. Frauenorganisationen)

- Die Miteinbeziehung von Migrantinnen in die politischen Debatten und Reformen kann die Behandlung der Feminisierung von Migration unterstützen.
- Migrantinnenorganisationen sollen unterstützt werden und leisten Beiträge im Menschenrechtsbereich
- Durch die Miteinbeziehung von Migrantinnenorganisationen und Gewerkschaften beim Mainstreaming der Gleichstellung der Geschlechter können die speziellen Bedürfnisse von Migrantinnen angesprochen werden. Migrationsuntersuchungszentren und Menschenrechtsorganisationen sollen ebenfalls miteinbezogen werden sollen.